



**Stadtratssitzung**

**Donnerstag, 18. Februar 2010, 17.00 Uhr**

**Grossratssaal im Rathaus**

---

<b>Traktanden</b>	<b>Geschäfts- nummer</b>
1. Wahlen Finanzdelegation	09.000219
2. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 1 vom 14. Januar 2010)	---
3. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Ist mit dem Baurecht der Fortbestand der Jugendherberge gewährleistet? (FPI: Hayoz)	09.000423
4. Kleine Anfrage Jan Flückiger (GLP): Berner Filz beim Hochbau? (FPI: Hayoz)	09.000430
5. Einführung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Stadtverwaltung Bern; Nachkredit zum Globalbudget 2010 (FSU: Friedli / FPI: Hayoz)	09.000409
6. Interfraktionelle Motion GLP, GFL/EVP, FDP, BDP/CVP (Kathrin Bertschy, GLP / Rania Bahnan Buechi, GFL/Christoph Zimmerli, FDP / Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP): Pilotprojekt Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter (BSS: Olibet)	09.000123
7. Motion Kurt Hirsbrunner (BDP)/Henri-Charles Beuchat (CVP): Masern ausrotten in Bern (BSS: Olibet)	09.000069
8. Agglomerationspolitik; Berichterstattung des Gemeinderats an den Stadtrat für das Jahr 2009 (AKO: Marti / PRD: Tschäppät)	05.000304
9. Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht an den Stadtrat 2009 (AKO: Gafner)	07.000017
10. Motion Lea Bill (JA!): Einführung der Basisdemokratie in der Stadt Bern (GuB: Tschäppät)	09.000068
11. Motion Fraktion FDP (Philippe Müller, FPD): Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) in der Stadtverwaltung (FPI: Hayoz)	09.000109
12. Motion Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD): Keine goldenen Fallschirme – gilt auch für die Stadtverwaltung (FPI: Hayoz)	09.000150
13. Postulat Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): Keine Zwischennutzung mehr von Städtischen Liegenschaften (FPI: Hayoz)	09.000104
14. Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Fringe Benefit Libero-Job-Abonnement: GA-Besitzende nicht ausschliessen! (FPI: Hayoz)	09.000113
15. Postulat Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Bern braucht endlich wieder einen Stadtbaumeister oder eine Stadtbaumeisterin (FPI: Hayoz)	09.000144

---

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 5 .....	167
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr .....	169
Mitteilungen des Präsidenten.....	170
1 Wahlen Finanzdelegation .....	170
2 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 1 vom 14. Januar 2010) .....	170
3 Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Ist mit dem Baurecht der Fortbestand der Jugendherberge gewährleistet? .....	170
4 Kleine Anfrage Jan Flückiger (GLP): Berner Filz beim Hochbau? .....	171
5 Einführung des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Stadtverwaltung Bern; Nachkredit zum Globalbudget 2010 .....	172
6 Interfraktionelle Motion GLP, GFL/EVP, FDP, BDP/CVP (Kathrin Bertschy, GLP/Rania Bahnan Buechi, GFL/Christoph Zimmerli, FDP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP): Pilotprojekt Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter .....	175
Eingänge .....	189

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

*Vorsitzend*

Präsident Urs Frieden

*Anwesend*

Hans Peter Aeberhard  
 Michael Aebersold  
 Cristina Anliker-Mansour  
 Rania Bahnan Büechi  
 Vinzenz Bartlome  
 Giovanna Battagliero  
 Thomas Begert  
 Kathrin Bertschy  
 Henri-Charles Beuchat  
 Lea Bill  
 Manfred Blaser  
 Peter Bühler  
 Rithy Chheng  
 Conradin Conzetti  
 Dolores Dana  
 Bernhard Eicher  
 Regula Fischer  
 Jan Flückiger  
 Rudolf Friedli  
 Jacqueline Gafner Wasem  
 Jeannette Glauser  
 Thomas Göttin  
 Claude Grosjean  
 Guglielmo Grossi  
 Beat Gubser

Leyla Gül  
 Ueli Haudenschild  
 Erich J. Hess  
 Kurt Hirsbrunner  
 Jimmy Hofer  
 Natalie Imboden  
 Mario Imhof  
 Ueli Jaisli  
 Stefan Jordi  
 Dannie Jost  
 Ruedi Keller  
 Daniel Klausner  
 Vania Kohli  
 Michael Köpfli  
 Peter Künzler  
 Annette Lehmann  
 Edith Leibundgut  
 Daniela Lutz-Beck  
 Ursula Marti  
 Corinne Mathieu  
 Claudia Meier  
 Robert Meyer  
 Christine Michel  
 Patrizia Mordini

Philippe Müller  
 Nadia Omar  
 Stéphanie Penher  
 Pascal Rub  
 Hasim Sancar  
 Martin Schneider  
 Rolf Schuler  
 Miriam Schwarz  
 Tanja Sollberger  
 Hasim Sönmez  
 Barbara Streit-Stettler  
 Luzius Theiler  
 Martin Trachsel  
 Aline Trede  
 Gisela Vollmer  
 Nicola von Greyerz  
 Tanja Walliser  
 Peter Wasserfallen  
 Thomas Weil  
 Béatrice Wertli  
 Manuel C. Widmer  
 Rolf Zbinden  
 Christoph Zimmerli  
 Beat Zobrist

*Entschuldigt*

Thomas M. Bürki  
 Susanne Elsener

Tania Espinoza  
 Simon Glauser

Lea Kusano  
 Rahel Ruch

*Vertretung Gemeinderat*

Barbara Hayoz FPI

Edith Olibet BSS

*Entschuldigt*

Alexander Tschäppät PRD

Reto Nause SUE

Regula Rytz TVS

*Ratssekretariat*

Daniel Weber, Stellvertreter  
 der Ratssekretär  
 Annemarie Masswadeh, Pro-  
 tokoll

Beat Roschi, Ratsweibel  
 Hanni Reut, Telefondienst

*Stadtkanzlei*

Jürg Wichteremann

## **Mitteilungen des Präsidenten**

Der *Präsident*: Die Ratsmitglieder finden diese Woche in ihrer Post das Formular „Interessenbindung“ zum Ausfüllen sowie die Einladung von Pascal Rub für einen Schneesporttag, die bis am 4. März abzugeben ist.

Bei unserer Sammelaktion für die Erdbebenopfer auf Haiti sind 2'860 Franken an Sitzungsgeldern zusammengekommen und inzwischen an Caritas überwiesen worden.

### **1 Wahlen Finanzdelegation**

Geschäftsnummer 09.000219

Der Stadtrat wählt aus der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Rudolf Friedli (SVPplus), Claudia Meier (BDP/CVP), Christine Michel (GB/JA!); aus der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Stefan Jordi (SP/JUSO), Daniel Klauser (GFL/EVP), Nadia Omar (GFL/EVP); aus der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Claude Grosjean (GLP), Ursula Marti (SP/JUSO), Philippe Müller (FDP).

### **2 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 1 vom 14. Januar 2010)**

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 1 vom 14. Januar 2010.

### **3 Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Ist mit dem Baurecht der Fortbestand der Jugendherberge gewährleistet?**

Geschäftsnummer 09.000423 / 09/413

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Interpellantin *Gisela Vollmer* (SP): In Anbetracht der Diskussion von nächster Woche möchte ich hier folgende kurze Erklärung abgeben: Ich bin der Meinung, dass die Investition von 7 Mio. Franken sehr hoch ist und dass die Bettenpreise, mit 42.85 Franken in Sechs-Bett-Zimmern, jetzt schon zu hoch sind. Und bei einem Darlehen von 3 Mio. Franken entstehen immerhin Planungskosten von 300'000 bis 400'000 Franken. Nach dem Gesetz zum öffentlichen Beschaffungswesen ist ab einem Betrag von 250'000 Franken eigentlich ein offenes, selektives Verfahren durchzuführen, also mindestens eine öffentliche Ausschreibung. Insofern verstehe ich nicht, warum nur ein Studienauftrag gemacht werden soll.

## **Beschluss**

Die Interpellantin Fraktion SP/JUSO ist mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden.

#### 4 Kleine Anfrage Jan Flückiger (GLP): Berner Filz beim Hochbau?

Geschäftsnummer 09.000430 / 09/414

Direktorin SUE *Barbara Hayoz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Zu Frage 1: Bei dieser Frage geht es in erster Linie um das Verhältnis zwischen den Stadtbauten Bern (StaBe) beziehungsweise der Projektleitung und Energie Wasser Bern (ewb) und ob sich bei diesem Verhältnis durch die angebliche Doppelrolle des Verwaltungsratspräsidenten von ewb ein Problem ergibt. ewb ist beim Projekt Forsthaus West kein Kunde der StaBe, sondern bildet mit den StaBe eine Bauherrengemeinschaft zur Realisierung des Infrastrukturprojekts Forsthaus West. Dieses Projekt bezweckt die gemeinsame Erschliessung der beiden unabhängig voneinander ablaufenden Projekte „Neubau KVA“ der alleinigen Bauherrin ewb sowie „Neubau Feuerwehrstützpunkt“ der alleinigen Bauherrin StaBe. Die Gesamtprojektleitung in diesem Projekt wird durch die Firma tbf, Zürich, ausgeübt. Der Entscheid betreffend die Projektleitung wurde weder vom Gemeinderat noch vom Verwaltungsrat StaBe gefällt; vielmehr handelte es sich um einen operativen Entscheid im Rahmen der Kompetenzen der Geschäftsleitung. Aus juristischer Sicht bestehen für den Gemeinderat keine Anhaltspunkte, wonach es problematisch wäre, wenn der Verwaltungsratspräsident von ewb gleichzeitig Chef des externen Projektleiters für den Feuerwehrstützpunkt ist.

Zu Frage 2: Die StaBe unterliegen dem öffentlichen Beschaffungswesen. Dies bedeutet für den sachlichen Geltungsbereich, dass die Vergabe von Aufträgen ab den gesetzlich festgelegten Schwellenwerten in einem bestimmten Verfahren abläuft und der Zuschlag, d.h. die Vergabe des Auftrags an eine Anbieterin oder einen Anbieter, von allen übrigen Anbietenden mit Beschwerde angefochten werden kann. Diese Schwellenwerte betragen für Bauleistungen 25'000 Franken, für Dienstleistungen 100'000 Franken. Ab diesen Auftragswerten wird ein Einladungsverfahren durchgeführt, ab 100'000 Franken (Bau) beziehungsweise 200'000 Franken (Dienstleistungen) ein offenes Verfahren mit öffentlicher Ausschreibung. Die Durchführung von Ausschreibungen auch für Projektleitungen verhindert eine Bevorteilung von einzelnen Planungs- und Ingenieurfirmen.

Zu Frage 3: Die StaBe nehmen in allen ihren Bauprojekten die bauherrenseitige Projektleitung selber wahr. Teilweise kommen dabei nicht fest angestellte, sondern mittels „Personalausleihe“ rekrutierte Mitarbeitende zum Einsatz. Gemäss Aussage der StaBe wurde die Projektleitung für das Projekt Neubau Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West nicht, wie im Text der Kleinen Anfrage aufgrund eines Dokuments dargelegt, extern ausgeschrieben. Gemäss ihren Angaben „lieh“ die StaBe zur Verstärkung ihrer Personalkapazitäten im Bereich Projektmanagement bei der Firma Emch und Berger zeitlich begrenzt qualifiziertes Fachpersonal „aus“. Die StaBe sind der Ansicht, dass es sich dabei um eine personalrechtlich legitime und sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor weit verbreitete und übliche Personalmassnahme zum Brechen temporärer Arbeitsspitzen handle. Als solche würde sie nicht dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterliegen, weshalb auch keine Ausschreibung durchgeführt worden sei. Die Haltung des Gemeinderats: Jede öffentliche Beschaffung zeichnet sich durch einen Mittelabfluss von der öffentlichen Auftraggeberin oder vom öffentlichen Auftraggeber zu einem Dritten für eine Dienstleistung oder eine Ware aus. Da die rechtlichen Voraussetzungen für ein Personalverleih-Verhältnis nicht erfüllt sind, handelt es sich bei der von den StaBe praktizierten „Personalausleihe“ wohl eher um ein Auftragsverhältnis zwischen der Stadt und der Firma Emch und Berger. Der Gemeinderat geht davon aus, dass echte oder unechte Personalausleihen öffentliche Beschaffungen darstellen. Der Gemeinderat hat dies den StaBe mitgeteilt.

Zu Frage 4: Unter Umständen ja, wenn Teilzeitarbeitsverhältnisse vorliegen und keine Interessenkonflikte bestehen. Konkret besteht indessen wohl kein Arbeitsverhältnis zwischen der

von Emch und Berger angestellten Person und den StaBe. Die StaBe sind lediglich für die Führung des Arbeitseinsatzes verantwortlich und erteilen dabei den Arbeitnehmenden der Auftragnehmerin Emch und Berger für die Arbeitsausführung direkt Weisungen.

*Jan Flückiger (GLP):* Eine Zusatzfrage zu Frage 3: Laut Antwort des Gemeinderats auf eine Interpellation wurde die Projektleitung nicht extern vergeben. In einer relativ ausführlichen Erklärung haben wir jetzt aber gehört, der Projektleiter sei ausgeliehen worden. Das kann man so sehen, aber die Frage stellt sich, ob ein ausgeliehener, von einer anderen Firma angestellter Projektleiter nicht eine externe Person sei. Meiner Meinung nach reicht es nicht, jemandem eine StaBe-e-Mail-Adresse zu geben und diese Person dann als internen Mitarbeiter zu bezeichnen.

Direktorin SUE *Barbara Hayoz:* Falls Sie zugehört haben, Herr Flückiger, konnten sie meinen Ausführungen entnehmen, dass der Gemeinderat ebenfalls diese Haltung hat. Und in der Antwort zur Interpellation haben wir damals nicht geschrieben, „Der Gemeinderat sage, dass...“, sondern „Laut Auskunft sei es so und so...“.

## 5 Einführung des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Stadtverwaltung Bern; Nachkredit zum Globalbudget 2010

Geschäftsnummer 09.000409 / 09/453

### Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Einführung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Stadtverwaltung Bern; Nachkredit zum Globalbudget 2010.
2. Er bewilligt folgende Nachkredite zur Erhöhung der Globalkredite 2010:

<i>Direktion/ Dienststelle/PG</i>	<i>Budget 2010</i>	<i>Nachkredite</i>	<i>Globalkredite</i>
640 FPI/Personalamt (PG 640200 und PG 640400)	Fr. 5 039 587.53	Fr. 204 000.00	Fr. 5 243 587.53
100 PRD/Direktionsstabs- dienste (PG 100200)	Fr. 3 653 126.49	Fr. 25 000.00	Fr. 3 678 126.49
200 SUE/Direktionsstabs- dienste (PG 200200)	Fr. 2 298 028.28	Fr. 37 500.00	Fr. 2 335 528.28
300 BSS/Direktionsstabs- dienste (PG300320)	Fr.-96 652 740.17	Fr. 62 500.00	Fr.-96 590 240.17
500 TVS/Direktionsstabs- dienste (PG 500400)	Fr. 33 728 156 20	Fr. 37 500.00	Fr.33 765 656.20

Bern, 25. November 2009

FSU-Sprecher *Rudolf Friedli (SVP):* Das Geschäft liesse sich so zusammenfassen, dass gesunde, gut ausgebildete und motivierte Mitarbeitende für den Erfolg eines Unternehmens entscheidend sind und dass darum öffentliche und private Arbeitgeber im Rahmen einer Gesamtstrategie danach streben, arbeitsbedingten Krankheiten ihrer Mitarbeitenden vorzubeugen, ihre Gesundheitsressourcen und ihre Leistungsfähigkeit zu stärken und ihr Wohlbefinden allgemein zu fördern. Der strategische Ansatz dazu ist das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM), das auf verschiedenen Ebenen Auswirkungen hat. In der Stadtverwaltung erhöht es eine geeignete Arbeitsgestaltung und damit die Dienstleistungsorientierung und die Quali-

tät der Dienstleistungen, bei den Vorgesetzten führt es zu einem klaren Führungsstandard und zu guter Führungsarbeit und für die Mitarbeitenden bedeutet es vor allem, dass sie bei gesundheitlichen Beschwerden Unterstützung erhalten. die Wirkungsebene ist in zehn Leitsätzen umschrieben, sie finden sich im Vortrag. Die konkreten Massnahmen beinhalten teilweise Selbstverständliches wie das Führen einer Absenzenkontrolle. Beim Case Management im Rahmen eines BGM geht es (auch) um komplexe Fälle, bei denen Fragen zu Versicherungen und zur IV auftauchen und wo Spezialwissen nötig ist, das die Führungskräfte nicht haben. Es bietet Begleitung von Mitarbeitenden mit schwerwiegenden Problemen und Hilfe zur Neu-Orientierung. In einzelnen Direktionen und Abteilungen der Stadtverwaltung gibt es bereits ein BGM oder doch Ansätze dazu, jetzt geht es um eine Vereinheitlichung. Die Verwaltung wird die Prozesse und die Strukturen erst aufgleisen, wenn der Stadtrat finanziell grünes Licht gegeben hat. Die Personalverbände haben das Geschäft von Anfang an begleitet und die Stadtverwaltung hat in Aussicht gestellt zu prüfen, wie sie auch im Rahmen der weiteren Arbeiten einbezogen werden können.

Die Einführung des BGM führt natürlich zu einem finanziellen und personellen Mehraufwand, längerfristig sollte sie sich aber lohnen. Obwohl im Budget 2010 kein Geld dafür vorgesehen ist, will man aus rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Gründen nicht bis 2011 warten. Offenbar erfüllt die Stadt Bern in diesem Bereich gesetzliche Vorgaben nicht und man möchte diese Lücke füllen, so dass man sich keine Vorwürfe machen muss, wenn etwas geschehen sollte. Gemeinderätin Barbara Hayoz hat uns gesagt, das Budget 2010 sei zwar knapp, aber man bemühe sich um Sparmassnahmen. Und weil eben im Budget 2010 kein Geld für das BGM vorgesehen ist, kommt es zu diesem Nachkreditantrag von 366'000 Franken. Im Vortrag sind die Kosten für die Einführung und die Folgekosten aufgelistet.

Verschiedene Grossbetriebe, z.B. die Migros, haben das BGM bereits eingeführt. Man hat natürlich vorher Studien dazu gemacht und diese belegen, dass sich ein BGM letztlich nicht nur für die Mitarbeitenden lohnt, sondern auch für das Unternehmen. Die FSU beantragt dem Stadtrat einstimmig, dem beantragten Nachkredit zum Globalbudget zuzustimmen.

### **Fraktionserklärungen**

*Barbara Streit-Stettler* (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Die Gesundheit der Mitarbeitenden ist etwas sehr Grundlegendes, aber auch etwas sehr Komplexes, das von verschiedensten Faktoren abhängt. Die Fraktion GFL/EVP findet es überfällig, dass das Thema Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung systematisch und gezielt angepackt wird. Es gehört ganz einfach zu einer modernen Verwaltung. Etwas erstaunt sind wir über die hohen zusätzlichen Personalkosten, die mit dem BMG auf uns zu kommen. Schon jetzt gehört ja die Gesundheit der Mitarbeitenden zum Kerngeschäft des Personalamts und der Personaldienste in den Direktionen. Wir verstehen zwar, dass man am Anfang zusätzliche Ressourcen braucht, um z.B. zu planen oder um Daten zu erheben und auszuwerten, aber die Fraktion GFL/EVP erwartet, dass die Massnahmen in zwei oder drei Jahren messbare Wirkung zeigen. Die Attraktivität der Stadt Bern als Arbeitgeberin und die hohe Motivation der Mitarbeitenden sind uns wichtig, aber wir erwarten, dass die Kosten für die beiden vorgesehenen Stellen an einem anderen Ort eingespart werden können. Wir erwarten auch, dass zumindest ein Teil der Kosten, die entstehen, weil es Mitarbeitenden aus irgendeinem Grund nicht gut geht, in Zukunft wegfallen und dass dieses Geld stattdessen in die Gesundheit der Mitarbeitenden investiert werden kann. In den Budgets der kommenden Jahre werden wir darauf achten, dass dies auch wirklich geschieht.

*Henri-Charles Beuchat* (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Bei uns werden rund 70% des Sozialprodukts durch menschliche Arbeitskraft erwirtschaftet, der Mensch als Lieferant von Arbeit

ist und bleibt der wichtigste Teil im Unternehmens- und Produktionsprozess. Zur Steigerung der Produktivität ist es deshalb richtig, auch in die Menschen zu investieren. Für die Fraktion BDP/CVP ist klar, dass die Stadt Bern im Tausch gegen Steuergelder auch etwas für die Gesundheit der Mitarbeitenden machen muss, wie dies in der Privatwirtschaft gang und gäbe ist. So weit sind wir mit den Schlussfolgerungen des Gemeinderats noch deckungsgleich. Zwei Punkte aber sind für uns bei diesem Geschäft stossend; erstens der Nachkredit. Manche Nachkredite lassen sich nicht vermeiden, weil unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Im gegebenen Fall ist nicht ersichtlich, warum man die vorgesehenen Massnahmen nicht in den ordentlichen Budgetierungsprozess hätte aufnehmen können. Aber es ist natürlich praktischer, beim Parlament einen Nachkredit abzuholen. Zweitens, zum Konzept: Der Gemeinderat plant, jede Direktion mit einer gewissen Anzahl Arbeitseinheiten zu bedienen. Diese Personalkosten sind mit insgesamt 212'000 Franken veranschlagt. Die Fraktion BDP/CVP will, dass die Umsetzung eines BGM kostenneutral erfolgt, was durchaus möglich ist, weil es sehr effiziente Massnahmen gibt, die ohne Kosten umgesetzt werden können. Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines BGM besteht darin, dass es als Führungsaufgabe wahrgenommen und in ein bestehendes System eingebettet wird. Im Übrigen ist es eine Dreistigkeit, dass der Gemeinderat jetzt, wo alle Direktionen sparen müssen und wo es so viele finanzpolitische Unsicherheiten gibt, mit Mehrkosten bei Bauprojekten und einer Rückführung der StaBe, einen Nachkredit von 366'000 Franken verlangt. Die Fraktion BDP/CVP fordert ein kostenneutrales Konzept für ein BGM und lehnt alle Nachkredite zur Erhöhung des Globalkredits 2010 ab.

*Christine Michel* (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion unterstützt den Nachkredit für die Einführung des BGM, weil wir das BGM unterstützen. Vermehrte Anstrengungen zum Erhalt der Gesundheit der Mitarbeitenden zahlen sich letztlich aus. Wir finden es auch wichtig, dass das Absenzenmanagement „Presente“ in ein umfassendes Gesundheitskonzept eingebunden wird. Ein Absenzenmanagement ist ein zweischneidiges Schwert. Es kann sinnvolle professionelle Begleitung von erkrankten Mitarbeitenden bedeuten, es kann aber auch zu einem Kontrollinstrument mutieren, was bestimmt nicht gesundheitsfördernd wäre. Ein umfassendes Gesundheitskonzept beinhaltet Aspekte der Arbeitssicherheit und der Arbeitsergonomie, aber auch weichere Faktoren wie Burnout-Prävention. Hier spielt Beratung eine wichtige Rolle und vielleicht sollte vermehrt auch in die Beratung investiert werden. Wichtig ist in diesem Prozess nebst guter Schulung der Vorgesetzten auch der Einbezug der Mitarbeitenden. Wir begrüssen den Einbezug der Sozialpartner, finden aber, die gesetzliche Vorgabe zur Mitwirkung der Arbeitnehmenden habe im Konzept zu wenig Eingang gefunden. Ihr Wissen und ihre Perspektive müssen ebenfalls einfließen. Wir hoffen, dass der Mitwirkungsaspekt in der konkreten Umsetzung des BGM noch stärker gewichtet wird.

*Erich J. Hess* (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass wir gut zu den Mitarbeitenden schauen sollen. Sie ist aber auch klar der Meinung, dass das, was hier finanziert werden soll, zum gesunden Menschenverstand eines jeden Vorgesetzten gehört: Dass er mit seinen Leuten, die krank werden, Kontakt aufnimmt, mit ihnen spricht und schaut, dass sie so rasch als möglich wieder an die Arbeitsstelle zurückkehren. Gerade in der Verwaltung gibt es ein wenig die Krankheit, dass die Leute wegen jeder Kleinigkeit nicht zur Arbeit gehen. Nicht bei allen, aber leider bei vielen ist es so. In kleinen und mittleren Unternehmen wissen die Leute, dass der Betrieb auf sie angewiesen ist, und gehen sehr viel schneller wieder arbeiten. Man muss in den einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung eine bessere Zusammenkittung zustande bringen, damit die Leute wissen, dass man ein Team ist und dass es ohne einander nicht geht. Aber das funktioniert wahrscheinlich nur, wenn alle ausgelastet sind, was ich persönlich nicht glaube. Man könnte das Gesundheitssystem der

Stadt wahrscheinlich auch verbessern, indem man einen Teil der Leute entlassen würde, womit alle anderen etwas mehr Verantwortung übernehmen müssten. Die Fraktion SVPplus findet es nicht schlecht, wenn die Leute besser betreut werden, sieht dies aber als Selbstverständlichkeit an und versteht deshalb nicht, weshalb es so viel kosten soll. Sie stellt den Antrag, diesen Kredit nicht als Nachkredit zu bezahlen, sondern über die laufende Rechnung 2010 abzugleichen. Die Stadtverwaltung soll intern schauen, wie sie das Geld einspart.

*Miriam Schwarz* für die Fraktion SP/JUSO: Wir werden dem Nachkredit zustimmen. Wir sind überzeugt, dass das BGM für die Stadt Bern wie auch für die Mitarbeitenden eine Win-win-Situation darstellt, dank motivierten, leistungsfähigen Mitarbeitenden, weniger Fluktuationen und Absenzen. Wir begrüßen, dass die Mitwirkung der Mitarbeitenden und der Sozialpartner aufgenommen wurden. Gesundheitsmanagement kann nicht kostenneutral erfolgen. Wer etwas anderes behauptet, hat nichts begriffen oder denkt an repressive Massnahmen. Die Fraktion SP/JUSO wünscht dem Projekt viel Erfolg und Ausdauer.

Direktorin SUE *Barbara Hayoz*: Zum Sprecher der Fraktion BDP/CVP, der den Nachkredit ablehnt, vor allem mit der Begründung, die Stadt müsse sparen. Ja, die Stadt muss sparen, aber wenn es nach dem Willen des Gemeinderats geht, eben nicht bei unserer wichtigsten Ressource, dem Personal. Bekanntlich müssen wir 2010 auf der Einnahmenseite eine Einbusse verzeichnen und wir müssen sparen, aber wir sind der Meinung, das solle nicht beim BGM erfolgen. Was wir Ihnen vorlegen, ist nicht eine Luxusvariante, sondern das, was nötig ist, um unsere Aufgabe als Arbeitgeberin zu erfüllen. Ich bitte, dem Nachkredit zuzustimmen.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt dem beantragten Nachkredit zu (48 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen).

### **6 Interfraktionelle Motion GLP, GFL/EVP, FDP, BDP/CVP (Kathrin Bertschy, GLP/Rania Bahnan Buechi, GFL/Christoph Zimmerli, FDP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Béatrice Wertli, CVP): Pilotprojekt Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter**

Geschäftsnummer 09.000123 / 09/326

#### *Gemeinderatsantrag*

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 16. September 2009

Motionärin *Kathrin Bertschy* (GLP): Ich spreche als Motionärin und auch gleich noch als Fraktionssprecherin der GLP. Die Fraktion GLP begrüsst die externe Kinderbetreuung; aus Sicht der Eltern, weil sie sich nicht zwischen Erwerb und Familie entscheiden müssen und aus Sicht der Kinder, weil sie von einer qualitativ hoch stehenden Betreuung und einem Austausch mit Gleichaltrigen profitieren können. Wir begrüßen den Einsatz von staatlichen Geldern für die externe Kinderbetreuung, finden aber, er sei volkswirtschaftlich dann sinnvoll, wenn die Eltern in der Zeit, in der sie ihre Kinder betreuen lassen, einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung nachgehen und wenn private Anbieter von Plätzen nicht von den staatlichen Fördergeldern ausgeschlossen oder diesbezüglich benachteiligt werden.

Es geht bei dieser Motion nicht darum, ob man für oder gegen externe Betreuung der Kinder ist oder um die Frage, ob und in welchem Umfang der Staat diese Betreuung finanzieren sollte, sondern es geht darum, wie das Finanzierungssystem dieser staatlichen Gelder ausgestaltet werden soll. Das heutige System ist ineffizient, schwerfällig, teuer, benachteiligt private Anbieter und die Platzvergabe ist intransparent. Die Schwerfälligkeit zeigt sich darin, dass überwiesene Vorstösse, die die Situation verbessern möchten, erst nach Fristverlängerungen und nur unter grossem politischem Druck umgesetzt werden, wie die Forderung der Fraktion GB/JA! nach einem zentralen, transparenten Anmeldesystem. Es ist ineffizient, weil die Stadt hohe Overheadkosten hat und weil die staatlichen Fördermittel nicht unbedingt den Kitas zukommen, die den Präferenzen der Eltern entsprechen. Viele private Anbieter werden benachteiligt, indem sie trotz guter Betreuungsqualität und umfassender Kostenkontrolle von den Subventionen ausgeschlossen sind. Das System ist teuer, weil die Mehrzahl der Kitas, die von den Subventionen profitieren, städtische Kitas sind, für die im Budget 2010 137 Franken pro Betreuungstag veranschlagt werden, während private subventionierte Kitas offensichtlich mit 120 Franken auskommen.

Um diese Missstände zu beheben, fordern wir zusammen mit den Fraktionen GFL/EVP, FDP und BDP/CVP einen Systemwechsel zu Betreuungsgutscheinen, so dass Eltern wählen können, in welcher Kita sie ihre Kinder betreuen lassen wollen. Unsere Forderungen sind: Die Gutscheine sollen auch bei privaten, bisher nicht subventionierten Kitas einlösbar sein; die Abgabe der Gutscheine soll von der Erwerbs- oder Ausbildungstätigkeit der Eltern abhängig sein, wobei Ausnahmen möglich sein sollen, wenn Kinder besonderen Förderbedarf haben oder z.B. aus schwierigen Familienverhältnissen stammen; der Gemeinderat soll eine verwaltungsexterne Expertengruppe einsetzen, die das Pilotprojekt vorbereitet, begleitet und auswertet. Sie klärt zudem ab, ob Betreuungsgutscheine auch für Tageseltern eingesetzt werden können. Wir wollen auch, dass die Summe dieser Gutscheine zu Beginn des Projekts den vorhandenen Mitteln entspricht. Der Bund befürwortet einen Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung in der familienergänzenden Kinderbetreuung und bietet für die Durchführung von Pilotprojekten finanzielle Unterstützung an. Die Stadt soll sich beim Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) für diese Unterstützung bewerben. Wenn sich das System nach vier Jahren bewährt hat, sollen die Betreuungsgutscheine definitiv eingeführt werden.

Weil sich unsere Forderungen und die von der Fraktion SP/JUSO eingereichte Initiative in einzelnen Punkten widersprechen, wollen wir, falls wir heute den Startschuss für das Pilotprojekt geben, dass der Gemeinderat dem Volk einen Gegenvorschlag zur Kita-Initiative vorlegt. Dabei soll es nicht um den Rechtsanspruch nach heutigem System versus das Finanzierungsmodell mit Betreuungsgutscheinen gehen, denn wie der Gemeinderat richtigerweise festhält, widerspricht ein Modell mit Betreuungsgutscheinen nicht einem Rechtsanspruch. Vielmehr muss er die beiden Punkte gegenüberstellen, die sich tatsächlich widersprechen. Erstens: Wer hat Anspruch auf staatlich finanzierte Kinderbetreuung? Die Kita-Initiative meint, diesen Anspruch hätten alle, in dem Umfang, wie sie es wünschen und an den Wochentagen, wie sie es wünschen. Wir meinen: Das sind erwerbstätige Eltern und Eltern in Ausbildung. Ausnahmen für Kinder mit speziellem Förderbedarf können von der Expertengruppe bzw. vom Gemeinderat definiert werden. Zweitens: Starten wir mit den bestehenden Mitteln, und wenn die Ansprüche grösser sind als die vorhandenen Mittel muss der Stadtrat einen Zusatzkredit bewilligen oder die Gutscheinhöhe reduzieren, oder erteilen wir der Stadt volle Ausgabenkompetenz in der Höhe der Rechtsansprüche, die gestellt werden, so wie die Kita-Initiative dies will?

Welche Vorteile hat ein Gutschriftensystem? Nebst der freien Wahlmöglichkeit schaffen wir Transparenz bei der Platzvergabe, die Wartelisten werden kürzer und die Eltern finden schneller einen Platz. In Quartieren, in denen Kitas fehlen, werden neue eröffnet, weil die Betreiber wissen, dass sie von den Subventionen werden profitieren können. So entsteht eine

neue Dynamik im System, Qualität und Preise werden positiv beeinflusst und die Stadtfinanzen nicht überstrapaziert. Anspruchsberechtigte Eltern werden gleichgestellt, nicht so wie heute, wo manche einen Platz erhalten und von den staatlichen Subventionen profitieren und die anderen nicht.

Die Einschätzung des Gemeinderats, ein derartiges System komme für Bern zu früh, beweist, dass er keinerlei ökonomischen Sachverstand walten lässt, sondern ein Gremium ist, das parteipolitisch festgefahren agiert. Gleich die erste Zahl, die er in seiner Antwort präsentiert, ist falsch, was beweist, wie ernst er das Anliegen nimmt. Er schreibt, die Stadt unterhalte 457 Plätze in städtischen und 552 in privaten subventionierten Einrichtungen. Gemäss Budget der Jahre 2009 und 2010 verfügt die Stadt Bern aber über 745 städtische Plätze und 556 in subventionierten Betrieben. Der Gemeinderat schreibt, wie Betreuungsgutscheine idealtypisch funktionieren würden, vergisst aber einen entscheidenden Punkt: Der Wettbewerb motiviert nicht nur dazu, dass Kitas ihr Angebot den Bedürfnissen der Kunden anpassen, sondern auch dazu, überhaupt eine Kita zu eröffnen, weil private Anbieter über die Gutscheine von den staatlichen Geldern profitieren können. Der Gemeinderat hat also einen entscheidenden Punkt nicht verstanden, wenn er findet, diese Motion komme für Bern zu früh, prioritär müssten neue Plätze geschaffen werden. Der Gemeinderat ist weiter der Ansicht, es brauche unabhängig vom System zusätzliche Mittel. Das kann sein, aber wir möchten zuerst wissen, wie viele Eltern überhaupt im Rahmen ihrer Erwerbs- oder Ausbildungstätigkeit einen berechtigten Anspruch stellen werden. Der Gemeinderat schreibt auch, Luzern gebe jetzt mehr Geld aus als vorher und die Tarife seien gestiegen. Das stimmt, aber Luzern hat jetzt auch sehr viel mehr Plätze als vor dem Projektstart. Wir teilen die Ansicht nicht, die Betreuungsplätze würden teurer und für Familien mit kleinem Einkommen nicht mehr finanzierbar. Die Kita-Betreiber werden ja im Wettbewerb stehen um die Qualität und die Preise – private Kitas sind das jetzt schon. Wenn die Preise in einer Kita steigen, kommen neue Anbieter in das System oder bestehende bieten billigere Plätze an. Preiserhöhungen liegen gar nicht mehr drin, denn die Kitas müssen ja auch um die Eltern konkurrenzieren, die auf Grund eines hohen Einkommens Vollkostentarife bezahlen. Und dass die Eltern auf den Preis achten, sehen wir auch daran, dass viele Eltern mit höheren Einkommen und somit kleiner Vergünstigung, die einen privaten Platz haben, sich auf die Warteliste für einen subventionierten Platz setzen lassen und wechseln, sobald sich eine Möglichkeit ergibt. Der Gemeinderat ist der Meinung, ein Ausbau wäre nicht mehr möglich, weil man den finanziellen Einsatz auf die vorhandenen Mittel beschränken wolle. Das ist so nicht richtig. Der Stadtrat kann jederzeit mehr Mittel für Betreuungsgutscheine sprechen. Wir wollen die Mittel auch nicht plafonieren, wie es uns die Gegner unterstellen, sondern wir fordern einzig, dass das Projekt mit den bestehenden Mitteln startet, weil wir zuerst wissen wollen, wie viele Eltern überhaupt einen berechtigten Anspruch haben. Es geht um Transparenz und um Kostenkontrolle, im Gegensatz zur Kita-Initiative, die der Stadt freie Hand lässt und finanziell zu einem Fass ohne Boden verkäme. Weil wir die Frage, wie viel die Stadt investieren soll, nicht im Rahmen dieser Motion behandelt haben möchten, steht hier „Projektstart mit bestehenden Mitteln“. Der Gemeinderat hält fest, dass er das System der Subjektfinanzierung nicht grundlegend ablehne, einen Wechsel aber verfrüht finde, weil zuerst Angebot und Nachfrage ausgeglichen werden sollten. Aber wir kennen die genaue Nachfrage ja gar nicht und eine Subjektfinanzierung trägt eben gerade zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage bei. Auf die weiteren Gründe, die für den Gemeinderat gegen eine „übereilte Einführung“ dieses Systems sprechen, möchte ich hier nicht eingehen. Aus unserer Sicht geht es ihm um eine generelle Ablehnung. Er hat sich beim BSV nicht einmal erkundigt, ob ein entsprechendes Pilotprojekt mitfinanziert würde. Zumindest dies aber hätten wir erwartet und eine etwas differenziertere Antwort hätten wir auch erwartet. Die GLP ist nach wie vor vom Anliegen überzeugt und wird die Motion unterstützen.

Motionärin *Rania Bahnan Buechi* (GFL): Die Stadt Bern hat verglichen mit anderen Städten im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung sehr viel gemacht, aber die Fraktion GFL/EVP findet, dass wir an einen Punkt gelangt sind, wo ein Umdenken dringend nötig ist. Das ist einer der Gründe, warum wir diese Motion mit eingereicht haben. Die Idee, dass der Staat ein solides Angebot aufzubauen habe, war sehr wichtig und hatte Pioniercharakter. Aber diese Pionierenergie ist verloren gegangen. Die jetzige Praxis ist verwaltungsträge geworden und die Eltern haben fast nichts mehr zu sagen. Diese Entmündigung geht uns zu weit. Wir finden zudem die Antwort des Gemeinderats einseitig, voreingenommen und teilweise schlicht falsch. Er verdreht die Tatsachen so, dass er seinen Standpunkt aufrechterhalten kann. Dazu ein Beispiel: Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, die Stadt Hamburg stelle seit der Einführung der Kita-Gutscheine erheblich mehr Finanzmittel für die Kinderbetreuung zur Verfügung als vorher. Wer sich die Mühe genommen hat, den Bericht genau zu lesen, konnte aber feststellen, dass nicht die Gutscheine das Problem waren, sondern der gleichzeitig eingeführte Rechtsanspruch auf eine Kita-Betreuung für Kinder arbeitstätiger Eltern. Wir verstehen die a-priori-Ablehnung des Gemeinderats nicht, denn die Idee hinter den Gutscheinen ist eigentlich eine linke Idee. Der Pilotversuch in Luzern wurde von den Sozialdirektoren bewilligt und in Hamburg war es eine links-grüne Regierung, die die Gutscheine eingeführt hat. Warum soll das in Bern anders sein? Will die SP so ihre nicht-finanzierbare Kita-Initiative retten?

Das bestehende System hat drei Hauptfehler: Erstens verursacht es eine Rechtsungleichheit zwischen Eltern, weil nur profitiert, wer das Glück hat, einen Betreuungsplatz in einer Kita mit einem Leistungsvertrag zu erhalten. Die anderen tragen die ganzen Kosten selber. Zweitens gibt es auch eine Rechtsungleichheit zwischen subventionierten Kitas und privaten Anbietern. Öffentliche Kitas geniessen eine Vorzugsbehandlung und umgekehrt gibt es zurzeit private Kitas mit freien Kapazitäten. Wollte der Gemeinderat das Problem der fehlenden Kita-Plätze tatsächlich lösen, hätte er bereits früher mehr in die Zusammenarbeit mit privaten Anbietern investieren können. Drittens erfolgt die Aufnahme in die Kitas heute primär nach sozialer Dringlichkeit und Förderung der Integration. Beides sind wichtige Anliegen, aber die Gestaltung der externen Kinderbetreuung hauptsächlich auf diesen beiden Prinzipien aufzubauen, führt zu einer Diskriminierung doppelt verdienender Familien, wobei vor allem die Frauen betroffen sind.

Die Argumentation des Gemeinderats, er wolle zuerst den Ausbau des Angebots sichern und dann könne man auf das neue Finanzmodell umstellen, finden wir nicht zwingend. Es geht hier nicht nur um die Schaffung von zusätzlichen Kita-Plätzen, sondern es geht auch darum, eine grössere Betreuungsqualität zu gewährleisten. Unsere Befürchtung ist, dass die Qualität noch mehr abnimmt und die Kitas zu Massenbetrieben werden, wo die Kinder nur noch gehütet werden. Diese Trends sehen wir heute schon in den Tagesschulen. Wenn man den Bericht über Hamburg gründlich liest, sieht man rasch, dass die Probleme, die der Gemeinderat auflistet, nichts mit den Betreuungsgutscheinen zu tun haben. Der Bericht zeigt vielmehr, dass die Finanzierung im Voraus gesichert sein muss, wenn wir nicht scheitern wollen und dies hat nichts mit der Frage der Gutscheine zu tun.

Wir finden es unverantwortlich, dass ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz eingeführt werden soll, ohne vorherige kritische und umfassende Analyse unter Berücksichtigung der oben erwähnten Fakten. Auch uns ist klar, dass Gutscheine allein für die Verbesserung der Kinderbetreuung nicht ausreichen. Und wir gehen davon aus, dass die Stadt nach wie vor eine Grundabdeckung mit Kitas sicherstellt, besonders in den Quartieren mit sozial weniger gut gestellten Familien, und dass es ein Nebeneinander von privaten und städtischen Kitas gibt. Wie dieses System genau aussieht, soll der geforderte Pilotversuch zeigen. Er ist sicher nicht die Patentlösung, aber er ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Fraktion GFL/EVP bittet um Annahme der Motion.

*Dolores Dana* (FDP) für die Fraktion FDP: Ich spreche sowohl für die Motionärin wie auch für die Fraktion. Warum gibt es immer noch lange Wartelisten, wenn doch angeblich das heutige System so gut ist? Warum fehlt in der Stadt Bern immer noch ein zentrales Anmeldesystem, obwohl dies im Stadtrat schon x-mal gefordert wurde? Warum müssen Zimmerlis ihre drei Kinder bei x verschiedenen Kitas anmelden, um überhaupt eine Chance auf einen Platz zu haben? Warum wird an einem Anmeldesystem festgehalten, bei dem von aussen betrachtet unklar ist, nach welchen Kriterien und in welcher Reihenfolge die Kita-Plätze vergeben werden? Warum werden ineffiziente Organisationen mit einem überdimensionierten Verwaltungsapparat aufrechterhalten, wenn es privat viel effizienter ginge? Warum werden private Kitas gegenüber staatlichen benachteiligt? Warum gewährt die Stadt Bern den privaten Kitas nicht gleich lange Spiesse wie den staatlichen? Warum gilt bei der Vergabe der Plätze die so genannte soziale Dringlichkeit als Kriterium? Warum werden Mittelstandsfamilien mit mehreren Kindern dermassen stark belastet, dass sie die Kita gar nicht erst bezahlen können? Heisst das nicht, dass der Mittelstand faktisch doppelt besteuert und zu allem Überfluss auch noch diskriminiert wird? Kurz: Warum drängt sich der Staat in Aufgaben, die Private besser erfüllen könnten? Fragen über Fragen. Tatsache ist, dass ein ausgewiesenes Bedürfnis an Kita-Plätzen besteht. Ein Kita-Platz muss erstens qualitativ hochwertig und zweitens bezahlbar sein und hat drittens primär Kindern von erwerbstätigen Eltern zuzustehen. Bei den Qualitätsanforderungen sind wir uns im Grundsatz einig. Bei der Bezahlbarkeit ist es eine Frage der Optik und bei der Frage, ob das Kriterium der Erwerbstätigkeit oder der sozialen Dringlichkeit Vorrang habe, treten weltanschauliche Differenzen zutage.

Anstatt mit den Initianten der Kita-Initiative einen unnötigen Rechtsanspruch zu fordern und damit nach noch mehr Staat zu rufen, anstatt die Ineffizienz noch weitere Blüten treiben und die Kosten explodieren zu lassen, schlagen die Motionäre eine nüchterne, effiziente, transparente und bezahlbare Lösung vor. Sie besteht in der Einführung eines Gutscheinsystems, ähnlich einem Bildungsgutschein, wie ihn die FDP schon seit Jahren fordert. Die Motion fordert kein Definitivum, sondern ein Pilotprojekt, das heisst, wir wollen prüfen lassen, ob sich das System bewährt, bevor es definitiv eingeführt wird. Wir haben auch schon für anderes Pilotprojekte durchgeführt. Wir wollen mit der Motion nicht einfach mehr Kita-Plätze schaffen, die es mitunter gar nicht braucht, sondern wir wollen die effektiv nötige Anzahl Plätze schaffen. Und um dies zu erreichen, müssen wir den Markt spielen lassen. Dies wiederum erreichen wir, indem wir nicht wie bis anhin die Anbieter subventionieren, sondern den Eltern Gutscheine und damit die freie Wahl geben. Die Eltern sind mündig zu entscheiden, in welche Kita sie ihr Kind bringen wollen. Dieses Vorgehen belebt den Markt, denn die Kitas müssen eine qualitativ gute Dienstleistung anbieten, damit sich die Eltern für sie entscheiden. Damit würden staatliche und private Kitas gleichgestellt. Das Pilotprojekt in Luzern hat aufgezeigt, dass durch die Einführung dieser Art von Gutscheinen innert kurzer Zeit ein grosses Angebot an Plätzen entsteht, der Markt spielt. Das Angebot deckt die Nachfrage, so dass die Problematik der Wartelisten gelöst werden könnte.

Es gibt keinen objektiven Grund, um gegen das von uns vorgeschlagene Pilotprojekt zu sein, verlieren kann niemand, wir können nur gewinnen. Dagegen spricht wahrscheinlich nur, dass Gemeinderätin Edith Olibet die überkommene Ordnung aufgeben und Macht abgeben müsste, die Macht, über die Vergabe von Plätzen von Staates wegen entscheiden zu dürfen und damit von Amtes wegen und ohne Not Markt und Wettbewerb auszuschalten. Die städtischen Kitas würden das Privileg verlieren, garantierte Kunden zu haben, die Marktwirtschaft würde die bisherige Planwirtschaft ablösen. Der Vorwurf, private Kitas böten nicht die gleich hohe Qualität an, zeugt von einem eigenartigen Verständnis des Marktes. Genau das Gegenteil wird eintreten. Der Wettbewerb der Betreuungssysteme und der Qualität der Dienstleistung wird letztendlich über den Erfolg oder Misserfolg einer Kita entscheiden. Der Vorwurf, die Motionäre seien nicht bereit, mehr Geld für Kitas auszugeben, geht ins Leere. Bei einer volkswirt-

schaftlichen Betrachtung ist offensichtlich, dass die Kosten eine untergeordnete Rolle spielen. Wir wollen primär berufstätigen Eltern Kita-Plätze zur Verfügung stellen und das durch ihre Arbeit generierte Mehreinkommen wird volkswirtschaftlich einen Mehrwert in Form von gesteigerten Steuereinnahmen abwerfen. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, den nicht-erwerbstätigen Eltern die Kinderbetreuung abzunehmen, wie das heute faktisch der Fall ist, wenn primär nach Kriterien der sozialen Dringlichkeit entschieden wird. Und wenn arbeitsfähige und willige, oft sehr gut ausgebildete Frauen nicht arbeiten können, weil sie entweder für die Kinder keine Kita-Plätze finden oder diese derart teuer sind, dass das Einkommen die Kosten gar nicht decken würde, so ist dies faktisch eine moderne Form der Frauendiskriminierung. Für die Dauer des Pilotprojekts wollen wir die Kosten auf der bisherigen Basis halten und damit erreichen, dass die bereitgestellten Mittel möglichst effizient eingesetzt werden. Da keine Argumente gegen diesen Pilotversuch sprechen, werden administrative Hürden errichtet. So wird behauptet, ohne einen Beweis dafür zu erbringen, dass sich der administrative Aufwand für die Stadtverwaltung erhöhen würde. Der Gemeinderat versteckt seine Präferenzen nicht, er unterstützt offensichtlich und nicht unerwartet die Kita-Initiative der SP. Er sieht keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der Einführung von Betreuungsgutscheinen und einem einklagbaren Sozialrecht. Wir schon. Die FDP schliesst einen Rechtsanspruch kategorisch aus. Entweder entscheiden wir uns für die flexible, marktorientierte Lösung oder wir entscheiden uns für die Fortschreibung oder sogar Vervollkommnung eines ineffizienten, intransparenten, teuren Systems, das offensichtlich nicht geeignet ist, den Bedarf zu decken und das längerfristig nicht finanzierbar ist. Wir sind auch der Ansicht, dass dieses System eine soziale Durchmischung eher verhindert als fördert. Denn je weniger Kita-Plätze es gibt, je unflexibler staatliche Kitas sind, je teurer diese Plätze vor allem für den Mittelstand sind und je mehr auf das Kriterium der sozialen Integration geachtet wird, um so weniger werden Mittelstandsfamilien das staatliche Kita-Angebot nutzen bzw. nutzen können, so dass es bereits bei unseren Kleinsten zur Ghettoisierung kommt, was für uns inakzeptabel ist. Die FDP unterstützt die Motion einstimmig.

Motionärin *Béatrice Wertli* (CVP): Wer von uns hat Kinder oder Enkel? Denken wir doch einen Moment an sie. Eltern wissen am besten, was gut ist für ihre Kinder und wir wollen den Eltern die Wahl lassen, welches pädagogische Konzept sie für richtig halten und welches die beste Betreuungsform ist. Heute haben wir Eltern diese Wahlfreiheit nicht. Wir sind froh, wenn wir überhaupt einen Kita-Platz finden oder die Kinder bei Tageseltern unterbringen können. Betreuungsgutscheine schaffen eine Wahlfreiheit und dadurch auch einen Wettbewerb für Qualität. Mit den Gutscheinen ist das Angebot an Betreuungsplätzen in der Stadt Luzern sowohl in Kitas wie auch bei Tageseltern ausgebaut und den Bedürfnissen der Eltern angepasst worden. Ein Rechtsanspruch schafft ein künstliches System und entmündigt die Eltern, denn sie sollen die Wahl haben, wenn es um die Betreuung ihrer Kinder geht. Die Antwort darf nicht sein, dass allein der Staat selig und glücklich macht. Er soll die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich öffentliche und private Initiativen entwickeln können. Stattdessen kosten heute staatliche Krippenplätze 137 Franken, private aber, die im Staatsauftrag geführt werden, 120 Franken. So kann man private Initiativen auch ersticken.

Eltern sollen die Möglichkeit haben, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, das bringt langfristig einen volkswirtschaftlichen Nutzen. Staatliche Investitionen in die Kinderbetreuung lohnen sich nur, wenn die Eltern während der Betreuungszeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Heute ist dies für die Vergabe von städtischen Kita-Plätzen kein Kriterium und das ist gesellschaftlich wie auch volkswirtschaftlich falsch. Doppelverdienende ohne soziale Dringlichkeitsgründe sind von Anfang an benachteiligt. Damit kommen wir zur Intransparenz bei der Vergabe der Kita-Plätze. Die Warteliste ist undurchsichtig und genau so undurchsichtig ist die Vergabe von Leistungsverträgen an private Kitas. Wir wissen, dass die Stadt Plätze, die ihr

von privaten Kitas angeboten werden, zum Teil nicht annimmt, wieder aus undurchsichtigen Gründen. Betreuungsgutscheine schaffen Transparenz, sie schaffen einen Wettbewerb um Qualität und sie geben den Eltern die Wahl, wie und wo sie ihre Kinder betreuen lassen. Die Fraktion BDP/CVP bittet Sie, die Motion anzunehmen.

### **Fraktionserklärungen**

*Natalie Imboden* (GB) für die Faktion GB/JA!: Unsere Fraktion ist mit verschiedenen Punkten der Vorrednerinnen, interessanterweise alles Frauen, einig. Mit denselben Argumenten kämpfen wir hier seit Jahren für den Ausbau. Auch wir sind der Meinung, es lohne sich volkswirtschaftlich, Kinderbetreuung auszubauen, auch wir sind der Meinung, es nütze der Gleichstellung von Mann und Frau und vor allem der Berufstätigkeit der Frauen, wenn wir mehr Kita-Plätze haben, auch wir sind der Meinung, es sei gut für die Integration und für die Frühförderung, und die berufliche Vereinbarkeit ist für Mütter und Väter ein Thema. Einverstanden sind wir auch mit der Analyse, dass das Angebot der Stadt Bern noch nicht ausreicht. Die Warteliste von immer noch 700 Kindern ist zu lang und ein Problem, obwohl die Stadt Bern in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut hat und schweizweit zu den Pionierinnen gehört. Ein Drittel der Kinder in der Stadt Bern wird familienergänzend betreut, 2'473 Kinder unter sechs Jahren können ein Betreuungsangebot nutzen. Vor 20 Jahren hat die damalige Stadträtin Franziska Teuscher eine Kita-Motion überwiesen, gleichzeitig gab es eine Volksinitiative „Kinderkrippen statt Wartelisten“ und seither hat die Stadt Bern massiv ausgebaut, das Angebot hat sich verdreifacht, aber wie gesagt, es reicht noch nicht. Das Grüne Bündnis und JA! setzen sich darum für einen weiteren, bedarfsgerechten Ausbau des Angebots ein. Wenn jetzt andere Vorschläge und andere Modelle ins Spiel gebracht werden, muss man sich damit auseinandersetzen.

In der Antwort des Gemeinderats werden verschiedene Aspekte dargelegt, die zeigen, dass es bei Betreuungsgutscheinen auch eine Kehrseite gibt. Erstens: Der Wettbewerb, von dem immer die Rede ist, ist nicht möglich, so lange Angebot und Nachfrage nicht übereinstimmen. Wir haben gesehen, was privatwirtschaftliche, wettbewerbsorientierte Instrumente die Volkswirtschaft in den letzten Jahren gekostet haben. Zudem will das Grüne Bündnis keinen Markt mit Kindern und auch keinen Kita-Wettbewerb auf Kosten unserer Kinder, das ist nicht das richtige Instrument. Punkt zwei: In der Motion ist wörtlich von einer „Beschränkung auf die vorhandenen Mittel“ die Rede. Auch wenn man das jetzt erst einmal für den Anfang formuliert, so gehen interessanterweise die Voten der Motionärinnen hier bereits auseinander. Die FDP scheint nicht bereit zu sein, massiv weiter zu investieren. Mit gleich bleibenden Mitteln mehr Plätze mit gleich bleibender Qualität zu schaffen, wäre die Quadratur des Kreises, die auch ein Gutscheinmodell nicht zu Stande brächte. Punkt drei: Eine Plafonierung der Kosten bedeutet eine Einbusse bei der Qualität. Das zeigen auch die Erfahrungen aus Hamburg, wo man elf Prozent des Personals eingespart hat. Qualität ist aber ein wichtiger Faktor und zum Glück reagieren die Eltern sensibel, wenn sie merken, dass sie gefährdet ist. Aber wenn man keine Wahl hat, ist es tatsächlich schwierig, Einfluss zu nehmen. Punkt vier, die finanzielle Belastung der Eltern: In Luzern, mit Kita-Gutscheinen, bezahlen die Eltern fast doppelt so viel wie in Bern, unabhängig davon, ob sie ein tiefes oder hohes Einkommen haben. Gerade bei tieferen Einkommen bedeutet dies massive Mehrkosten. Eine Familie mit zwei Kindern bezahlt bei einem Bruttoeinkommen von 6'000 Franken in Luzern für zwei Betreuungstage 1'340 Franken, in der Stadt Bern sind es 560 Franken. Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass die finanzielle Belastung für die Eltern nicht steigen darf, sie sollte eher sinken. Punkt fünf, die soziale Durchmischung: Es wurde gesagt, das Gutschein-Modell fördere die soziale Durchmischung. Das Gegenteil wird eintreten. Eine Kita wird sich dreimal überlegen, ob sie ein verhaltensauffälliges Kind, das sehr viel Betreuung braucht, aufnehmen will. Damit werden am

Schluss Kinder, die eine aufwändige Betreuung brauchen, das Nachsehen haben. Der letzte Punkt: Es wurde immer wieder gesagt, die Kita-Gutscheine sollten für erwerbstätige Eltern sein. Ja klar soll das primär so sein. Wer die entsprechenden Zahlen anschaut – die Stadt hat diese Zahlen zusammengestellt – sieht, dass es eine Unterstellung ist zu sagen, erwerbstätige Eltern erhielten keinen Kita-Platz. Die Mehrheit der Kinder in den Kitas sind Kinder von Eltern, die arbeiten. Daneben gibt es viele allein erziehende Frauen, die auf Kitas angewiesen sind, auch sie arbeiten mehrheitlich. Und wir sind der Meinung, auch die sozial benachteiligten Kinder sollen einen Kita-Platz erhalten. Ich nehme nicht an, dass die Motionärinnen der Meinung sind, man solle alle Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen, die in einer Kita sind, vor die Türe stellen.

Noch ein Wort zur Transparenz bei der Vergabe der Plätze. Es war das Grüne Bündnis und konkret die Stadträtin Karin Gasser, die ein neues Verfahren bei der Anmeldung gefordert hat. Der Vorstoss wurde angenommen und das neue Verfahren wird im Herbst eingeführt.

Fazit: Das Berner Modell ist ein Mischmodell mit städtischen, subventionierten und privaten Krippen und hat sich grundsätzlich bewährt, aber es braucht einen weiteren Ausbau. Wir haben in den vergangenen Jahren ausgebaut und wir bauen auch in diesem Jahr aus. Wir plädieren für einen pragmatischen Weg, mit kontinuierlichem Ausbau. Für uns gehört Kinderbetreuung zum Service Public wie ein gutes Gesundheitswesen, wie eine gute Schule. Wettbewerbsexperimente auf Kosten der Kinder lehnen wir ab. Und wir wollen nicht Geld in aufwändige Projektstrukturen, Projektplanungen und Projektberichte investieren, wir investieren es lieber in die Kinderbetreuung, in dringend nötige neue Plätze. Jeder Franken, den wir so investieren, nützt nicht nur den Kindern und den Eltern, sondern auch der Berner Volkswirtschaft, dort treffen wir uns wieder mit den Vorrednerinnen. Kinderbetreuung zum Nulltarif gibt es nicht, es ist naiv, so etwas zu meinen. Ein Ausbau ist uns das Geld wert, wir werden vor allem die Gutscheine bekämpfen und insbesondere die Plafonierung der Kosten.

*Ursula Marti* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir haben uns sehr intensiv mit der Motion auseinandergesetzt, da sie ja direkt unsere Initiative „Kitas ohne Wartelisten“ betrifft und auch einen Gegenvorschlag dazu verlangt. Die Motion stellt mit „Gutschein versus Leistungsverträge“ die Frage nach dem Finanzierungssystem ins Zentrum. Für uns ist dies nicht die zentrale Frage, wir finden für eine gute Lösung ganz andere Punkte entscheidend. Erstens: Sicherzustellen, dass es genügend subventionierte Plätze gibt um den Bedarf zu decken. Und Bedarf haben nicht nur Berufstätige, sondern auch die sozial Schwächeren. Wir haben bereits über 1'000 Plätze, aber es fehlen noch geschätzte 200 bis 300. Es geht dabei nicht nur um Plätze, die neu zu schaffen wären, sondern auch um bereits existierende in privaten Kitas, die wegen der heutigen Beschränkung nicht subventioniert werden können, was wir bedauern. Der zweite Punkt: Wir wollen sicherstellen, dass alle angebotenen Plätze eine gute Betreuungsqualität aufweisen. Darin sind wir uns ja, wie ich gehört habe, einig. Die Kita ist nicht ein Aufbewahrungsort für Kinder, während die Eltern arbeiten, sondern ein Ort, an dem sie spielerisch lernen und Neues entdecken können und damit auch ein Stück Frühförderung. Ein wichtiger Faktor der Betreuungsqualität ist für uns auch eine soziale Durchmischung. Drittens ist uns ein fairer Umgang mit dem Personal wichtig, konkret die Löhne, die ja bei den Kita-Mitarbeiterinnen nicht sehr hoch sind, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit. Das trägt zu einer tieferen Fluktuation bei und ist damit ein zentraler Faktor bei der Betreuungsqualität. Viertens dürfen städtische und private Kitas nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wenn der von uns geforderte Rechtsanspruch einmal gilt, muss jeder Platz in einer privaten Kita, der durch ein anspruchsberechtigtes Kind besetzt ist, subventioniert werden, sofern die betroffene Kita dies überhaupt will, denn sie muss sich in diesem Fall ja an gewisse Vorgaben halten. Diese vier Punkte sind für uns zentral und für sie werden wir kämpfen.

Wir haben uns gefragt, mit welchem System diese vier Punkte am besten umsetzbar sind. Der grosse Teil der Fraktion ist der Meinung, dies sei mit Leistungsverträgen am besten möglich. Eine kleine Minderheit würde eigentlich Betreuungsgutscheine befürworten, aber nur in Kombination mit einem Rechtsanspruch und bestimmt niemals zusammen mit der Forderung, gleichzeitig die Finanzen zu beschränken, wie dies die Motion fordert. Das Argument der Motionärinnen, mit dieser Beschränkung solle ermittelt werden, wie viele Plätze es noch brauche, ist eigenartig, denn so etwas lässt sich ja erheben, dafür muss man keinen Versuch machen und den Ausbau verhindern. Im Übrigen ist es systemwidrig, Gutscheine und gleichzeitig diese Beschränkung zu fordern, denn die Gutscheine sollen ja gerade einen Anreiz darstellen für die Schaffung neuer Plätze, wo der Staat nicht von sich aus aktiv werden will.

Die vielen neuen Plätze in Luzern sind nicht der Gutscheine wegen entstanden, sondern weil die Stadt sehr viele zusätzliche Mittel eingesetzt hat. Das hätte man genau so gut auch mit Leistungsverträgen erreichen können. In Luzern haben sich die Tarife für die Eltern durch das neue System stark erhöht, man bezahlt dort sehr viel höhere Beiträge als in Bern und dies bei weniger langen Öffnungszeiten, wie Tabellen mit Vergleichszahlen zeigen. Dazu kommt, dass die privaten Kitas in Luzern immer wieder dem Geld nachlaufen müssen, weil die Stadt die Gutscheine in Geldbeträgen ausbezahlt, die Bezüger das Geld aber nicht immer an die Kita weitergeben. Mit einer Direktzahlung wären die Kitas wahrscheinlich glücklicher. Es gibt in Luzern auch erste Anzeichen, dass der Markt nach einem ersten Hype gar nicht so gut spielt, wie man sich dies erhofft hatte, dass sich die privaten Trägerschaften nicht immer an den Orten niederlassen, wo es nötig wäre.

Zurück zur vorliegenden Motion. Chancen bei den Betreuungsgutscheinen sehen wir darin, dass sie tatsächlich einen Anreiz schaffen, das Angebot und die Qualität möglichst gut auszugestalten. Dass die Wahlfreiheit der Eltern wirklich einen grossen Vorteil bedeutet, darin sind wir uns nicht so sicher. Es wird suggeriert, die Eltern müssten nur mit dem Gutschein wedeln und die ausgewählte Kita nehme das Kind auf. Aber dies wird in vielen Fällen gar nicht möglich sein, weil die Kitas ja nicht unbeschränkt freie Plätze haben. Im Endeffekt muss man vielleicht einfach froh sein, überhaupt einen Kita-Platz zu finden. Um sicher einen Platz zu haben, bräuchte es zusätzlich zum Gutschein einen Rechtsanspruch. Mit einem Systemwechsel würden die Leistungsverträge der privaten Kitas erlöschen. Sie hätten damit keine Planungssicherheit mehr und als Folge davon könnte es befristete Arbeitsverträge geben oder sogar Arbeit auf Abruf und das lehnen wir ab. Ein kompletter Systemwechsel würde grosse Umwälzungen bringen und das ginge nicht ohne Schäden und Zusatzkosten. Die soziale Durchmischung in den Kitas wäre schwieriger, das weiss man aus bisherigen Erfahrungen mit Betreuungsgutscheinen.

Wir finden, ein System mit Leistungsverträgen und einer zentralen Vermittlungsstelle – die es mit Gutscheinen ja auch nicht mehr bräuchte – ist viel effizienter und günstiger. Werden Anmeldungen zentral koordiniert, weiss die Stadt immer, in welchem Quartier zu welchem Zeitpunkt wie viele Plätze benötigt werden und kann entsprechend planen. Mit den Gutscheinen dagegen müssten wir ein Überangebot schaffen, damit immer alle einen Platz haben und das ist bestimmt teurer. Das absolute Killerargument, auch für die unter uns, die sich ein Gutschein-System vorstellen könnten, ist aber der Punkt 1d, zur Beschränkung der Mittel. Die Fraktion SP/JUSO lehnt die Motion ab. Als Postulat würden wir sie annehmen, aber das steht wohl kaum zur Diskussion. Es gibt durchaus Punkte, die wir von der Stossrichtung her unterstützen könnten, aber weil es immer an die Gutscheine gekoppelt ist, ist es schwierig.

*Erich J. Hess* (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Unsere Fraktion ist grundsätzlich gegen familienexterne Betreuungsplätze. Die Eltern sollen selber auf ihre Kinder aufpassen und sie selber erziehen, man soll sie nicht schon von klein auf auslagern und dem Staat übergeben. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass wir in Zukunft Kinder nur noch an derartigen Betreu-

ungsplätzen unterbringen, wenn es gar nicht anders möglich ist. Wir müssen die Verantwortung der Eltern wieder an einem viel höheren Punkt ansetzen. Durch das linke System hier fühlen sie sich nicht mehr verantwortlich für ihre Kinder, der Staat schaut ja. Kinder zu haben ist Privatsache, ihre Erziehung und Betreuung ist ganz klar Aufgabe der Eltern, der Staat soll sie schulen. Die Fraktion SVPplus wird aber die Motion geschlossen unterstützen. Wir müssen zwischen dem kleineren und dem grösseren Übel wählen und die Betreuungsgutscheine sind ganz klar das kleinere Übel, denn so können wir gewährleisten, dass nicht nur die hoch subventionierten städtischen, sondern auch viele private Kitas überleben und allenfalls können auch neue aufkommen. Und dann wird sich zeigen, ob die städtischen, teuer subventionierten Tagesstätten wirklich so gut sind, wie Edith Olibet immer sagt. Ich glaube es nicht, die privaten können eine eben so gute Leistung erbringen. Die Fraktion SVPplus bittet Sie, aus marktwirtschaftlichen Gründen, diesen Gutscheinen zuzustimmen. Lieber die Betreuungsgutscheine als das übliche Subventionsspielchen.

### **Einzelvoten**

*Beat Gubser (EDU):* Der Einleitungssatz der Motion klingt viel versprechend: „Eltern sollen frei wählen können, ob sie ihr Kind ausschliesslich selber oder in Kombination mit familienexterner Betreuung betreuen wollen.“ Dieses Ziel unterstützt die EDU. Auch die Einführung von Betreuungsgutscheinen unterstützt die EDU. Doch diese Gutscheine sollen die Eltern aller Kinder erhalten und nicht nur Eltern, bei denen beide berufstätig sind, wie dies die Motion ausser in begründeten Ausnahmefällen explizit fordert und womit sie lediglich die heutige einseitige und ungerechte Familienpolitik mit einem anderen System weiterführen will. Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, sollen einmal mehr leer ausgehen. In einem gerechten System müssten Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, ihre Betreuungsgutscheine in Geld umwandeln können. Dies würde zudem unterstreichen, dass familieninterne Kinderbetreuung wertvoll ist. Auch die Argumente „Chancengleichheit“ und „Volkswirtschaftlicher Nutzen“ möchte ich hinterfragen. Sind die Lebenschancen nur im Berufsleben zu finden? Kann nicht gerade für Frauen und natürlich auch für Männer die Familie ein sehr erfüllendes Umfeld sein? Es ist nicht am Staat, Anreize für familienexterne Kinderbetreuung zu setzen. Im Sinne der Wahlfreiheit sollen Eltern selber entscheiden können, ob ihre Kinder intern oder extern betreut werden, ohne dabei benachteiligt zu werden. Der volkswirtschaftliche Nutzen wird mit der BASS-Studie aus dem Jahr 2007 begründet. Dabei gelingt es in dieser Studie nur mit Mühe und Not, trotz Ausblendung aller negativen Faktoren von familienexterner Kinderbetreuung, einen Nutzen für den Staat auszuweisen. Auf Gemeindeebene ist der Nutzen sogar negativ, es profitieren lediglich Kanton und Bund. Die grossen Profiteure sind hingegen die Eltern. Ein Kita-Platz kostet pro Tag und Kind um die hundert Franken. Warum sollen gut verdienende Eltern den Preis nicht bezahlen? Die Höhe der Betreuungsgutscheine muss abhängig sein von der Anzahl der Kinder und vom Einkommen. Fazit: Die EDU würde einen Systemwechsel zu ganzheitlichen Betreuungsgutscheinen unterstützen, die vorliegende einseitige und ungerechte Motion lehnt sie aber ab.

*Regula Fischer (GPB-DA):* Mein Votum wird kurz sein, weil die Argumente für die Motion schwach sind und ich nicht viele Argumente dagegen vorbringen müssen. Dass die Kitas lange Wartelisten haben und dass es für junge Eltern mühsam ist, einen Betreuungsplatz zu finden, ist bekannt. Es gibt tatsächlich Probleme in diesem Kita-System und dafür müssen Lösungen gefunden werden. Die in der Motion präsentierten Lösungsvorschläge können bei einer seriösen Betrachtung nur als Scheinlösungen definiert werden und zwar aus folgenden Gründen: Die Hauptänderung wäre die Umwandlung eines staatlichen und qualitativ guten Systems in ein marktwirtschaftliches, privatisiertes System. Dieses Prinzip wurde in

den vergangenen Jahren in schulischen und in universitären Systemen sehr oft angewendet und inzwischen gibt es bereits genügend Untersuchungen auf diesem Gebiet, die besagen, dass eine marktwirtschaftliche Konkurrenz im Bereich Bildungs- und Sozialwesen keineswegs zu einer Qualitätsverbesserung führt, im Gegenteil. Vor allem durch marktwirtschaftliche Integration, durch Privatisierung ist es in den Schulen in den vergangenen 20 Jahren auf vielen Gebieten zu einer Verschlechterung gekommen. Der zweite Punkt: Eine Forderung der Motion ist eine finanzielle Unterstützung der Marktwirtschaft durch unseren Staat. Geht es hier um eine Abzockerei, wie wir dies in letzter Zeit bei den Bankern erlebt haben oder in neuster Zeit bei den Versicherungen, mit dem Rentenklau? Da sind wir dagegen. Wir wollen ein qualitativ gutes System – und die Kita ist im Moment ein qualitativ gutes System. Wir wollen diese Dienstleistungen aufrechterhalten und zwar die Probleme lösen, aber nicht auf diese Art.

*Lea Kusano (SP):* In der Stadt Bern warten heute Eltern trotz einem stetigen grossen Ausbau zum Teil während Jahren auf einen subventionierten Kita-Platz. Diese Situation ist unannehmbar. Ich kenne Eltern, die einen Monat vor dem Wiedereinstieg nach dem Mutterschaftsurlaub nicht wussten, ob ihr Kind im kommenden Monat betreut würde oder nicht. Alle, die Kinder haben, wissen, wie existenziell diese Situation ist und wie verunsichernd für das Familiengefüge. Auf derartige existenzielle Sorgen und Ängste muss die Politik eine Antwort haben. Mir ist nicht klar, warum die Forderungen dieser Motion im Falle einer Annahme in einen Gegenvorschlag zur Kita-Initiative eingebaut werden sollen. Ob via Objekt oder via Subjekt finanziert werden soll, ist schlichtweg nicht das Thema unserer Initiative. Sie verlangt nichts anderes, als dass jedes Kind innerhalb einer annehmbaren Frist in die Kita gehen kann, also dass mehr Plätze geschaffen werden können, und dafür braucht es Geld. Genau da liegt der Haken der hier diskutierten Motion. Sie hält ausdrücklich fest, dass für die Schaffung neuer Plätze keine Gelder gesprochen werden sollen. Das würde dazu führen, dass gar keine neuen Plätze mehr geschaffen würden und das wäre für uns die Worst-Case-Situation, denn immerhin gibt es im Moment jedes Jahr ein paar neue Plätze.

Ich glaube, diese Motion ist nichts anderes als politische Augenwischerei. Sie gaukelt uns vor, das drängende Problem der langen Wartelisten anzugehen. Wer aber genau liest merkt, dass dahinter ein faktisches Ausbaumoratorium steht. Wir generieren mit dieser Motion Wartelisten für Gutscheine anstatt für Kita-Plätze und das ist kaum zielführend. Ich frage mich, warum eine Partei, die sich Familienpolitik gross auf die Fahne schreibt, eine derartige Motion einreicht. Oder warum liberale, marktgläubige Parteien, deren Ziel doch die Arbeitsmarktintegration möglichst vieler Leute sein sollte, so etwas unterzeichnen. Unterliegen diese Parteien immer noch dem Trugschluss, eine Familie zu haben sei Privatsache? Wir sind der festen Überzeugung, dass sich Gesellschaft und Politik mehr als nur mit vornehmer Zurückhaltung in der Familienpolitik engagieren muss und ich schliesse mich dem Votum von Ursula Marti mit aller Deutlichkeit an. Wir werden die Motion mit dieser finanziellen Plafonierung nicht unterstützen.

Direktorin BSS *Edith Olibet:* Einig sind wir uns – fast –, dass der Nutzen der familienergänzenden Kinderbetreuung unbestritten ist und dass eine qualitativ hoch stehende Betreuung einen hohen Nutzen bringt, für die Kinder, aber auch volkswirtschaftlich. Die Stadt Bern hat ein gutes Angebot, sie ist schweizweit führend. Aber es gibt einen Wermutstropfen, wir haben eine zu lange Warteliste. Dieses Problem lösen wir mit Betreuungsgutscheinen nicht, denn es ist eine Frage der Mittel, die zur Verfügung stehen. Aus dem Schreiben der GEF bezüglich ein allfälliges Pilotprojekt „Betreuungsgutscheine“ wird klar, dass aus einer Systemänderung für keine Familie höhere Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung entstehen dürfen und dass es bei einem System mit Betreuungsgutscheinen Vor- und Nachteile gibt. Ich möch-

te gleich anfügen, dass der Gemeinderat das System der Subjektfinanzierung nicht grundsätzlich ablehnt, aber er sagt ja in seiner Antwort, wie es im jetzigen Zeitpunkt steht.

Die Sprecherin der GLP sagte, die Privaten würden benachteiligt. 2010 haben wir 26 private Betriebe, bei denen wir Kita-Plätze einkaufen und wir haben 15 städtische Betriebe, davon sind vier Kinderhäuser, also altersübergreifend, auch für Kinder im Schulalter. Es wurde gesagt, wir seien zu bequem, um beim BSV für ein Pilotprojekt nachzufragen. Gemäss Auskunft von Herrn Stampfli vom BSV auf eine Nachfrage, die anfangs November vom Leiter des Jugendamts gestartet wurde, wäre ein Gesuch der Stadt Bern für ein Pilotprojekt „Betreuungsgutscheine“ nicht chancenlos, aber es müsste sich von Luzern unterscheiden und es müsste neue Erkenntnisse bringen. Dies die Antwort des BSV, und so viel zum Vorwurf, wir seien zu bequem gewesen für eine Anfrage. Unter den Vorteilen der Betreuungsgutscheine wurde die freie Wahl erwähnt. Wie frei ist die Wahl, wenn die Mittel nicht zur Verfügung stehen, um genügend Plätze anzubieten? Denn die heute nicht subventionierten privaten Plätze können wir nicht mit zählen. Es wurde gesagt, es gebe mehr Transparenz. Gibt es tatsächlich mehr Transparenz, wenn die Leute mit ihren Gutscheinen bei einer Kita anklopfen können und dann erhalten sie vielleicht eine Absage und vielleicht eine Zusage? Was aber sicher ist, und diese Antwort hat der Stadtrat schon vor einem Weilchen erhalten, ist, dass wir nach den Sommerferien eine zentrale Vermittlungsstelle einrichten. Es wurde gesagt, die Wartliste würde kürzer. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das Problem der Warteliste ein Problem fehlender Mittel ist und nicht ein Problem von „Betreuungsgutscheine Ja oder Nein“. Wie gesagt kann man in dieser Frage geteilter Meinung sein. Der Gemeinderat meint, ein derartiges Pilotprojekt käme zu früh, und damit sind wir in bester Gesellschaft: In der Gemeinde Köniz hat das Parlament vergangenen Montag genau über ein derartiges Postulat befunden und die FDP war allein auf weiter Flur mit ihrer Ablehnung des Prüfungsberichts des zuständigen Sozialdirektors, eines SVP-Gemeinderats. Die GLP-Sprecherin hat gesagt, wir hätten keinen ökonomischen Sachverstand und wir brächten falsche Zahlen. Ich möchte hier richtig stellen: Unsere Zahlen stimmen. Die Zahlen auf S. 3 des Vortrags, Frau Bertschy, sind die Zahlen aus dem Jahr 2009 für die Kinder im Vorschulalter. Was Sie ansprechen, sind die Zahlen in den Jahresberichten und dort sind auch die Kinder eingeschlossen, die in den städtischen Tagesstätten betreut werden. Wir haben für Kinder im Vorschulalter weniger Plätze in städtischen Kitas als in privaten Kitas. Zu Hamburg wurde gesagt, wir hätten keine Ahnung. Ich verweise auf etwas Unverdächtiges, die Antwort des Könizer Gemeinderats zu Händen seines Parlaments, ausgearbeitet von einer SVP-geführten Direktion. Darin wurden die Stärken und Schwächen des Hamburger Systems dargelegt. Die ganze Antwort kann man im Internet herunterladen, ich erwähne nur zwei Punkte daraus. Eine Stärke: Die besser gestellten Stadtteile verzeichnen einen massiven Anstieg der Nachfrage. Eine Schwäche: Stadtteile mit sozialen Problemlagen verzeichnen einen Rückgang der Nachfrage. Dies deutet darauf hin, dass sozial schwächer gestellte Eltern die Differenz zwischen Beitragsleistungen der Stadt und Kita-Tarif nicht oder nicht mehr bezahlen können. Die öffentlichen Kitas hätten Vorzugsbedingungen. Ich weiss nicht genau, was damit gemeint ist. Alle neuen Plätze haben wir in den vergangenen Jahren bis auf wenige Ausnahmen bei Privaten eingekauft. Und wenn es neue städtische Plätze gab, so war dies eine Optimierung, indem man in den bestehenden Einrichtungen zusätzliche Plätze schaffen konnte. Es wurde gesagt, die soziale Dringlichkeit sei ein absolutes Credo. Sie ist tatsächlich im Reglement verankert und in der Verordnung ausgedeutet. Aus unserem Bericht, den man im Internet einsehen kann, ist ersichtlich, dass das elterliche Durchschnittseinkommen der betreuten Kinder in den vergangenen zwei Jahren deutlich gestiegen ist. Der Anteil an Kindern aus Familien mit Sozialhilfeunterstützung hat sich im Bereich der Kitas verringert, im Bereich der Tagis hat er leicht zugenommen. Die GFL-Sprecherin hat die Wahlfreiheit respektive das Nebeneinander von staatlichen und privaten Kitas gefordert. Das haben wir heute, mit 26 privaten Einrichtungen und 15 städtischen, wo-

von vier altersdurchmischt, also mit Kindern bis ins Schulalter. Die Sprecherin der FDP hat gefragt, warum es eine so lange Warteliste gebe. Die Antwort ist simpel: Das Geld fehlt. Wenn Sie mir das nötige Geld zur Verfügung stellen, holen wir es sofort ab. Es gebe einen überdimensionierten Verwaltungsapparat. 26 private Kitas mit Leistungsverträgen werden von einer Mitarbeiterin mit einem Pensum von 67% betreut, inklusive Ausarbeiten der Leistungsverträge, Kontrolle, Beratung. Die Privaten hätten nicht gleich lange Spiesse. Noch einmal: Geben Sie uns das Geld. Der Rechtsanspruch der SP würde dieses Geld zur Verfügung stellen und so könnte man die Warteliste abbauen. Die heutigen privaten, nicht subventionierten Plätze lösen das Problem der Warteliste nicht, es sind nicht neue Plätze. Die soziale Dringlichkeit wurde erwähnt. Abgesehen davon, dass gut ausgebildete Personen mit einem guten Einkommen ohnehin nicht in den Genuss eines Betreuungsgutscheins kommen werden, in welchem System auch immer: Da habe ich nun wirklich gestaunt! X-mal musste ich mir von der FDP um die Ohren schlagen lassen, man müsse dafür sorgen, dass Sozialhilfe Beziehende subito einen Kita-Platz hätten, damit sie arbeiten gehen könnten. Nicht alle wollen arbeiten gehen und ich finde, es sollen alle diese Freiheit haben. Aber gerade in den unteren Einkommensbereichen ist es oft nicht eine Frage des Wollens, sondern eine Frage des Müssens. Zur Bezahlbarkeit: Der Kanton Bern hat im ganzen Kanton einheitliche Tarife, die ASIV-Tarife, dafür haben wir auch einen Lastenausgleich zwischen Kanton und Gemeinden. Das Gutscheinsystem belebe den Markt: Luzern hat viele Plätze geschaffen. Interessant ist, dass ich persönlich angefragt wurde wegen einer Trägerschaft, man sei auf der Suche nach Trägerschaften für zusätzliche Kita-Plätze. Zum administrativen Aufwand, warum wir sagten, er sei so hoch: Dazu verweise ich auf unsere Antwort, ich kann aber auch auf die Antwort von Köniz auf das Postulat verweisen, dort steht genau das gleiche und wir haben uns nicht abgesprochen. Es wurde gesagt, wir hätten ein teures System. Das stimmt, die städtischen Anstellungsbedingungen sind besser als andere, aber das ist nicht das alleinige Problem. Die Sozialkommission des Vereins der Region Bern fordert vom Kanton seit Jahren eine bessere Abgeltung pro Platz, weil die Kosten nicht gedeckt sind. Von der Sprecherin der CVP wurde gesagt, die Eltern sollten die Wahl haben. Wir sagen in der Antwort auf S. 3, man habe die Wahl zwischen einer städtischen und einer städtisch finanzierten Einrichtung. Die Leute können ihr Kind dort anmelden, wo sie es wünschen, der Rest ist ein Problem des Geldes und der Anzahl Plätze.

Ich komme zum Schluss. Warum beantragt der Gemeinderat, den Vorstoss als Postulat und gleichzeitig als Prüfungsbericht anzunehmen? Er argumentiert, gleich wie der Gemeinderat von Köniz gegenüber seinem Parlament, damit, dass der Vorstoss zu früh kommt. Wir wissen nicht, wie sich die Betreuungsgutscheine in Luzern auswirken. Dass die Kosten für die Eltern viel höher sind, wurde erwähnt, aber die weiteren Auswirkungen des Systems kennen wir noch nicht. Als es, im Zusammenhang mit Frühförderung, um Spielgruppenmotionen ging, sagte Herr Köpfli, der Präsident der Fraktion GLP, man solle doch abwarten, was das Pilotprojekt Primano bringe und dann entscheiden, dafür mache man ja Pilotprojekte. Meine Aufforderung an Sie: Warten wir doch ab, bis die Erkenntnisse aus Luzern vorliegen und diskutieren wir das Thema dann, im Interesse einer qualitativ hochstehenden familienergänzenden Kinderbetreuung.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt der Motion zu (42 Ja, 30 Nein, 3 Enthaltungen).

*Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.*

*Mit Ja stimmen:* Hans Peter Aeberhard, Rania Bahnan Buechi, Vinzenz Bartlome, Thomas Begert, Kathrin Bertschy, Henri-Charles Beuchat, Manfred Blaser, Peter Bühler, Dolores Danna, Bernhard Eicher, Tania Espinoza, Jan Flückiger, Rudolf Friedli, Jacqueline Gafner Wa-

sem, Claude Grosjean, Ueli Haudenschild, Erich J. Hess, Kurt Hirsbrunner, Jimmy Hofer, Mario Imhof, Ueli Jaisli, Dannie Jost, Daniel Klauser, Vania Kohli, Michael Köpfli, Peter Künzler, Edith Leibundgut, Daniela Lutz-Beck, Claudia Meier, Robert Meyer, Philippe Müller, Nadia Omar, Pascal Rub, Martin Schneider, Tanja Sollberger, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Peter Wasserfallen, Thomas Weil, Béatrice Wertli, Manuel C. Widmer, Christoph Zimmerli

*Mit Nein stimmen:* Michael Aebersold, Cristina Anliker-Mansour, Giovanna Battagliero, Lea Bill, Rithy Chheng, Regula Fischer, Jeannette Glauser, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Beat Gubser, Leyla Gül, Natalie Imboden, Stefan Jordi, Ruedi Keller, Lea Kusano, Annette Lehmann, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Christine Michel, Patrizia Mordini, Stéphanie Penher, Hasim Sancar, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Hasim Sönmez, Luzius Theiler, Aline Trede, Tanja Walliser, Rolf Zbinden, Beat Zobrist

*Enthaltungen:* Conradin Conzetti, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz

*Abwesend:* Thomas M. Bürki, Susanne Elsener, Simon Glauser, Rahel Ruch

*Präsident Urs Frieden stimmt nicht.*

- Die Traktanden 7 bis 15 werden auf eine spätere Sitzung verschoben. -

## **Eingänge**

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Sanierung der Stadt-tangente Bern: Wie steht es mit dem Quartierschutz in der Äusseren Enge und im Ross-feld?
2. Motion Fraktion SVPplus (Erich J. Hess, JSVP): Kulturgutschein statt Subventionierung
3. Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): Aktiv gegen Frauen-handel
4. Postulat Luzius Theiler (GPB-DA): Kein Skizirkus beim Rosengarten
5. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Elektromobilität – ökologische Mobili-tät für Bern
6. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Erbringt die Kapo die im Res-sourcenvertrag definierten Leistungen weiterhin?
7. Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Thomas Weil, SVP): Der Einsatz des Gemeinderates am UNO-Tag gegen Drogenmissbrauch ist gefragt!
8. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Sind Skirennen am Aargau-erstalden umweltverträglich und klimafreundlich?
9. Kleine Anfrage Erich J. Hess (JSVP): Ist das das sicherheitspolitische Konzept der Stadt-regierung?

## **andere Eingänge**

Antrag Robert Meyer (SD) an das Ratsbüro gemäss Art. 82: Sitzungsrhythmus des Stadtrates ab 1.1.2011: Stadträte brauchen nicht 13 Wochen Ferien

**Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*